

---

**Positionspapier Vorstand Forum DL21 e.V.**

**„Fortschritt durch Gerechtigkeit“**

**I Das Ende neoliberaler Fehlritte und Mythen**

Die aktuellen, weltweiten Proteste gegen die Macht der Finanzmärkte und für mehr soziale Gerechtigkeit sind ein weiterer Beweis: Der Neoliberalismus ist am Ende. Auch in Deutschland hat in den beiden großen Lagern, dem konservativen und dem linken oder rot-grünen, spätestens mit der Finanzkrise ein ungeordneter Rückzug vom Neoliberalismus begonnen. So hat auch die deutsche Sozialdemokratie in den letzten Jahren Fehlentscheidungen und Irrglauben aus der rot-grünen Regierungszeit korrigiert, einen Erneuerungsprozess auf allen Ebenen in Angriff genommen und konnte bei Landtagswahlen wieder erste Erfolge feiern. Die SPD-Linke hat sich aktiv für diese Prozesse eingesetzt und wird auch weiterhin diese Entwicklung konstruktiv mitgestalten um das Profil der SPD als linke Volkspartei zu schärfen.

Gleichzeitig kann es keinen Zweifel daran geben, dass die SPD noch nicht wieder das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit großer Teile einstiger Wähler und Anhängerschaft wiedergewonnen hat. Dies ist umso bedenklicher, da die schwarz-gelbe Regierung um Bundeskanzlerin Merkel ein Feuerwerk an schlechter Politik und Performanz abliefert und in der Wählergunst abfällt.

**Für die SPD bedeutet dies, dass wir weiter unser Profil schärfen müssen und nie wieder in einem neoliberalen Mahlstrom Kopf und Kompass verlieren dürfen.**

Dies setzt jedoch die Bereitschaft zu einer modernen, nicht rückwärtsgewandten Kapitalismus- und Ideologiekritik voraus. Die Auswüchse des Finanzkapitalismus stehen derzeit überall am Pranger, aber wenn die Kritik zu Veränderungen führen soll, muss sie tiefer gehen. So manche mit Verve vorgetragene kritische Stimme dieser Tage ist – wieder einmal – nur oberflächliche Taktik, aber keine Strategie.

Um an den Kern vorzudringen, ist es nötig, die in die Parteien und Köpfe eingesickerten marktliberalen Mythen zu widerlegen und zu überwinden.

**Der erste Mythos lautet, dass die im freien Spiel der Kräfte erzielbaren Einkommen gerecht sind und der eigenen Leistung entsprechen.** Die gegenwärtige Debatte über „mehr Steuern für Reiche“ krankt daran, dass sie nur als Rettungsmaßnahme für einen verschuldeten Staat verstanden wird. Gesellschaftlicher Wohlstand entsteht aber aus einem komplexen Zusammenspiel vieler Faktoren. Der Reichtum Einzelner ist nicht zwingend gleichzusetzen mit ihrer Leistung. Dazu gehört, dass wir uns die Veränderungen in der Meta-Wirtschaftspolitik genauer anschauen. Wir müssen klären, was die Niedriglohn- und prekäre Beschäftigungsstrategie für sektorale und strukturpolitische Auswirkungen hat. Unbestreitbar gibt es einen Zusammenhang von hohen Löhnen und hoher Produktivität. Die Niedriglohnstrategie des Neoliberalismus hat zunächst dazu geführt, dass die Transferleistungshöhe zurückgeht, was den Druck von den Sozialversicherungen von der Ausgabenseite (nicht der Einnahmeseite!) genommen hat und sie in Ihrem Kern verändert, oft zerstört hat. Dabei gerät oft aus dem Blick, dass über die Auswirkungen der Lohnspirale nach unten, dies eben auch negative Auswirkungen auf hohe Wertschöpfungsbereiche mit hoher Kapitalintensität haben kann. Wir müssen schauen, dass wir da nicht den Anschluss verlieren, das gilt auch für eine vernünftige nachhaltige Industriepolitik.

**Der zweite Mythos besagt „Sozial ist, was Arbeit schafft“.** Gerade in Deutschland war dieser Satz ideologischer Kern der neoliberalen Politik. Es wurde nicht mehr gefragt, welche Arbeit es ist, ob die Bedingungen krank machen, ob sie leistbar, gewollt,

menschlich oder würdevoll sind. Alle Maßnahmen zur Entwertung der Arbeit, zur Deregulierung und Dequalifizierung nahm hier einen erneuten Ausgangspunkt. In einer Rückbesinnung auf den Wert von Arbeit und die Würde des Menschen in der Arbeit liegt der Schlüssel für ein Wiedererstarken unserer Glaubwürdigkeit und damit der gesamten SPD. Wir sind die Partei der Arbeit und möchten dies programmatisch füllen.

**Der dritte Mythos behauptet, der Eigennutz eines jeden maximiere das gesellschaftliche Wohl.** Die damit verbundene Frage, ob jeder mit seinem Eigentum (nach Steuern) machen kann, was er will, wird von der Gesellschaft bejaht, sofern er damit nicht Nebenfolgen auslöst, die das Gemeinwohl gefährden. Gerade weil das liberale Menschenbild vom homo oeconomicus zwar oft, aber nicht immer falsch ist, brauchen wir allgemeingültige Regeln. Denn das Verhalten einer Herde von ökonomischen Egotaktikern kann zu Krisen und Wohlstandsverlusten führen, wie die jahrhundertlange Geschichte von Gier und Panik in diversen Spekulationskrisen zeigt. Leider ist hier die gesellschaftliche Lernkurve bemerkenswert flach. Die Schuldenbremse ist ein Angriff auf die Handlungsfähigkeit des Staates und der Problemlösungskompetenz, insbesondere der Kommunen. Wir brauchen hingegen eine volkswirtschaftliche Renditebremse, gerade um nachhaltiges Wirtschafts- und Unternehmenswachstum zu ermöglichen.

**Der vierte Mythos teilt unsere Gesellschaft künstlich in eine ökonomische und eine politische Sphäre auf.** Die Demokratie habe sich aus der Wirtschaft herauszuhalten. Doch wie überzeugend ist eine Ideologie, die immer dann, wenn das freie Spiel der Kräfte wieder einmal zum ökonomischen Kollaps geführt hat, den geschwächten Staat um knappes Steuergeld bittet? Es war und ist im Übrigen in der Geschichte meist der Staat, der Krisen überwunden und neue Wachstumsphasen eingeleitet hat. Die Aufgabe demokratische Politik ist es, diese Funktionsfähigkeit des Staates gerade auch auf dem ökonomischen Terrain zu behaupten. Andernfalls gefährdet das Erpressungspotenzial der „Märkte“ - und gemeint sind immer am Gemeinwohl desinteressierte Investoren - die demokratische Zivilisation – wie wir in der Geschichte auch und immer wieder beobachten konnten.

Ein größerer Teil des volkswirtschaftlichen Vermögens und der laufenden Spitzeneinkommen müssen spekulativen Prozessen entzogen werden. Sie müssen entzogen werden, damit dieses Vermögen nach Regeln der kollektiven demokratischen Vernunft in echte zukunftstaugliche Investitionen – nicht zuletzt in die Wende vom fossilen zum solaren Zeitalter - gelenkt werden. Wir brauchen den **Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung als wichtige Leitmaxime einer linken sozial-ökologischen Alternative.** Nur so werden wir den ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen für heutige und künftige Generationen gerecht. So muss eine zukunftsfähige sozialdemokratische Logik aussehen. Sie verlässt sich eben nicht mehr auf die Hoffnung rational handelnder Marktakteure – denn deren Rationalität ist heute auf naive, kurzfristige Gewinnexplosion ausgerichtet. Soziale Gerechtigkeit muss wieder in das Zentrum sozialdemokratischer Politik gelangen. Sie ist zugleich Treiber und Ergebnis einer sozialdemokratischen Fortschrittspolitik.

## II Lehren aus der europäischen Währungs- und Staatsschuldenkrise

Eine solche Politik darf selbstredend nicht mehr national verengt sein. Er muss anschlussfähig sein an eine gemeinsame europäische Identität. Daher ist es die Aufgabe einer pro-europäischen Sozialdemokratie, das Marktmodell Europäische Union infrage zu stellen – gerade um die europäische Idee zu .verteidigen.

Die konservativen und liberalen Regierungskoalitionen in Europa sind dabei die Finanz- und Währungskrise für ihre Zwecke umzudeuten: Nicht die (undemokratischen) Akteure eines deregulierten Finanz- und Kapitalmarktes sondern die verschuldeten Staaten sind in ihren Augen Hauptschuldtragender für die Krise(n). Daraus wird nun unter der Überschrift „Austerität“ die Basis gelegt um Europa Schritt für Schritt nach ihren

Vorstellungen umzubauen. Nationale Sparprogramme und Schuldenbremsen führen unter dem TINA-Argument (there is no alternative) zu Kürzungen v.a. im Sozialhaushalt. **Statt Griechenland/Euro-Rettungspaket werden von Merkel und Co in Wirklichkeit „Banken-Rettungspakete“ geschnürt.** Die Kosten dieser Rettungsaktionen werden einseitig dem Steuerzahler aufgebürdet anstatt die wahren Verursacher der Krise(n) heranzuziehen. Anstatt die Politik einer jahrzehntelanger Entfesselung von Finanzmärkten in Frage zu stellen und die Probleme an den Wurzeln zu fassen wird durch taktisches Lavieren und handwerklichem Stückwerk nur Zeit erkaufte, Misstrauen geschürt und Europa geschwächt.

Für uns Linke ist klar, dass bei den sogenannten Staatsschuldenkrisen um Griechenland, Portugal oder um Italien nicht nur die Solidarität unter den Arbeitnehmern in Deutschland und die Sicherung des nationalen Wohlfahrtsstaat der Maßstab für sozialdemokratisches Handeln sein darf, sondern auch die Solidarität mit den Arbeitnehmern in Griechenland etc. und deren Arbeits- und Lebensbedingungen. Nationaler Sozialpopulismus in Europa ist keine akzeptable Antwort auf die ökonomischen Disparitäten!

Stattdessen brauchen wir Mechanismen für einen **Ausgleich der Leistungsbilanzen** in der Eurozone um somit den „Geburtsfehler“ des Euro endlich zu beheben: Der Euroraum hat eine gemeinsame Geldpolitik; aber keine gemeinsame Finanz- und Steuerpolitik. Die zentrale Reformaufgabe deutscher wie europäischer Wirtschaftspolitik besteht in der Schaffung einer modernen Wirtschaftsregierung in Europa, damit eine wachstums-, beschäftigungs- und stabilitätsorientierte Abstimmung der großen makroökonomischen Politikbereiche (Geld-, Finanz- und Steuerpolitik) ermöglicht wird um die Binnennachfrage und die Sektoren, die verstärkt auf eine funktionierende europäische Binnennachfrage angewiesen sind (u.a. Handwerk), zu stärken.

Eine Wirtschaftsregierung kann freilich nicht allein auf dem Ziel der Haushaltskonsolidierung beruhen. Europa muss gleichzeitig Wirtschaftswachstum und sozialen Fortschritt fördern und braucht deshalb einen radikalen Kurswechsel. Ein Festhalten an der falschen Politik zugunsten der Marktkräfte gefährdet die Stabilität des Eurosystems und führt zu massiven ökonomischen, politischen und sozialen Verwerfungen für alle beteiligten Länder. Dabei beziehen wir uns auf die Occupy Wall Street-Bewegung als aktuelle Form einer progressiven sozialen Bewegung und fordern deutlich die Unterstützung der gesamten SPD ein.

Auch auf unserer DL21-Jahrestagung am 14. Mai 2011 ist noch einmal klar geworden: Schlussfolgerung aus der aktuellen Krise kann und darf nicht weniger europäische Gemeinsamkeit sein. Im Gegenteil: Wir müssen jetzt die **europäische Integration um einen wichtigen, weiteren Schritt voranbringen.** Die Neuordnung der Wirtschafts- und Finanzordnung in Europa und weltweit ist die große gemeinsame Zukunftsaufgabe, der sich das geeinte Europa mit aller Kraft widmen muss. Es geht hierbei darum, die aktuellen Strategien und Akteure im Kapitalismus und die herausragende Bedeutung des Finanzmarktes dabei aufzudecken, die scheinbare Erpressung der Politik zu durchbrechen und das Primat der Demokratie zurückzugewinnen.

Dabei brauchen wir gerade jetzt Weichenstellungen für ein **starkes und solidarisches Europa:** Auf unserer DL21-Jahrestagung ist noch einmal klar geworden: Schlussfolgerung aus der aktuellen Krise kann und darf nicht weniger europäische Gemeinsamkeit sein. Im Gegenteil: Wir müssen jetzt die europäische Integration um einen wichtigen, weiteren Schritt voranbringen. Die Neuordnung der Wirtschafts- und Finanzordnung in Europa und weltweit ist die große gemeinsame Zukunftsaufgabe, der sich das geeinte Europa mit aller Kraft widmen muss. Es geht dabei darum, die Erpressung der Politik durch einen regellosen und zügellosen Finanzkapitalismus zu durchbrechen und das Primat der Demokratie zurückzugewinnen!

Deshalb fordert die SPD-Linke:

- die **Einführung einer tragfähigen und spekulationshemmenden Finanztransaktionssteuer** bis zu 0,1 Prozent auf europäischer Ebene,
- die **Schaffung einer EU Wirtschaftsregierung** für eine gemeinsame Finanz- und Steuerpolitik,
- eine strukturelle Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die die EU auf eine Politik des **Ausgleichs des Außenhandels** und die EZB auf die makroökonomischen Ziele Europas verpflichtet,
- die **Einführung einer eigenen Refinanzierungsbank** für die europäischen Staaten, um diese völlig unabhängig vom privaten Kapitalmarkt und der politisch motivierten Spekulation zu machen,
- Die **Einführung von gemeinsamen europäischen Staatsanleihen** in Form von Blue und Red Bonds,
- Den Aufbau einer starken **europäischen Finanzaufsicht** über transnationale Banken und Finanzinstitute,
- **Beseitigung der Ratingvorschriften** in den internationalen Vereinbarung (Basel II und III) sowie den Finanzmarktgesetzen, so dass die Finanzinstitute ihre Risikoeinschätzung verstärkt selbst vornehmen müssen,
- Die **Schaffung einer öffentlich-rechtlichen europäischen Ratingagentur** zur Bewertung der Stabilität der Finanzmärkte und –produkte,
- ein **europäischer Insolvenzschutz und Haftungsfonds**,
- das **Verbot ungedeckter Leerverkäufe** und Kreditausfallversicherungen
- wirtschaftliche und rechtliche **Trennung der Geschäftsbankenfunktion und des Investmentbanking**, so dass das spekulative Investmentgeschäft nicht weiter durch Staatshaftung und Steuergelder gestützt wird,
- Stärkere **Regulierung** und mehr **Transparenz bei Hedge und Private Equity Fonds**, wie zum Beispiel mit der **Einführung einer Bardepotpflicht**.
- **Nachhaltige Wachstumsstrategien („Marshall-Plan“) für bedürftige Regionen**, die den **wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördern!**

### III Die SPD als „Europa-Partei“

So wichtige die kurz- und mittelfristigen Vorhaben der Krisenbewältigung sind, bleibt für die SPD-Linke klar: Die Schlussfolgerung aus der augenblicklichen Krise und den sich abzeichnenden globalen Entwicklungen im 21. Jahrhundert ist: wir brauchen mehr und nicht weniger Europa!

Eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik ist nur ein weiterer, jetzt notwendiger Schritt. Europa braucht eine klare politische Orientierung, die über den Status quo hinaus auf den langfristigen Weg zu den **Vereinigten Staaten von Europa** hinführt. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Integration hat es in der Vergangenheit gegeben und sie sind auch für die Zukunft denkbar. Umso mehr gilt: Das Ziel muss klar gesteckt, und für alle erreichbar sein.

Die aktuelle europäische Mehrheit von Konservativen, Christdemokraten und Rechtsliberalen sucht dabei im Namen der Vereinigten Staaten von Europa nur ein Etikett für die althergebrachte Zusammenarbeit der Regierungen, für „Intergouvernementalität“. Fern ab von Parlamenten und Öffentlichkeit werden entsprechende Verträge im Hinterzimmer ausgehandelt.

Die zukünftige Europa-Mehrheit von Sozialdemokraten, proeuropäisch linken Parteien und Grünen bis hin zu fortschrittlichen Liberalen muss die Kraft sein, die die Vereinigten Staaten von Europa als tatsächlich demokratische Föderation durchsetzen kann. Im Zentrum steht für uns dabei das gemeinsame Europäische Parlament. Dies ist die demokratische Vertretung der Völker Europas. Dies muss für die neue Zeit von

Solidarität, Solidität und Integration gestärkt werden. Durch Zusammenarbeit, Transparenz und Mitwirkungsrechte der Europäerinnen und Europäer.

Mehr Demokratie in Europa wird konkret, wenn eine Europäische Kommission als Regierung vom Europäischen Parlament gewählt wird und diesem voll rechenschaftspflichtig ist. Dem Demokratiedefizit und dem umgreifenden Euroskeptizismus kann durch die Wahl von gemeinsamen Spitzenkandidaten für das Europäische Parlament und/oder dem Kommissionspräsidenten begegnet werden. Um die Verfasstheit eines neuen, vereinten Europas zu debattieren und definieren fordern wir die **Wiedereinberufung eines Verfassungskonvents**, in dem sich die Bürger Europas einbringen können und mitentscheiden.

Wir wollen mittels einer erneuten Verfassungsdiskussion nach einer Wiedereinberufung des Verfassungskonvents gemeinsame soziale Standards oberhalb der IAO-Standards und europäische Staatszielbestimmungen definieren. **Wir wollen ein Vereinigtes Europa mit starken sozialen Grundrechten und Mindeststandards.** Wir wollen Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten. Lohn, Sozial- und Steuerdumping muss der Vergangenheit angehören. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen Mitgliedsländern dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen sich gemeinsam vertreten können.

Ziel ist die Lohngleichheit von Frauen und Männern, grenzüberschreitende Tarife und europäische Tarifverhandlungen. Ziel ist ein Vereinigtes Europa mit einer hochwertigen öffentlichen Daseinsvorsorge, die den bestmöglichen Standards für gerechte Teilhabe entsprechen.

Die Länder, die bisher eine Beitrittsperspektive und Assoziierung vereinbart haben, müssen in diesen Prozess integriert werden. Hierbei gilt es auch den Staaten in Nordafrika und den Beteiligten des Arabischen Frühlings Perspektiven aufzuzeigen. Konsultation und Beteiligung sind dabei mehr als eine Geste der Fairness. Sie liegen vielmehr im eigenen, deutschen Interesse. Wer das Europa von Morgen plant, muss die Partner für dieses Morgen in diese Planungen einbeziehen.

So bleibt die europäische Einigung auch für die Zukunft ein Friedensprojekt, geographisch inklusiv und gesellschaftlich solidarisch, das gegen Unsicherheit und Unfrieden Zeichen setzt. Um die EU sozialdemokratisch zu gestalten, ist jedoch eine neue Zusammenarbeit innerhalb der SPE notwendig, die Integration der SPE muss mit der Integration der EU zumindest synchronisiert werden.

#### **IV Die SPD als Partei der Arbeit**

Die neoliberale Ideologie der tonangebenden Eliten hat die Entwertung der Arbeit und die Teilung der Gesellschaft aus Prinzip durchgesetzt. „Leistung gegen faire Teilhabe“ sollte auch in anderen Ländern dann nicht mehr gelten. Parallel zur ökonomischen Entwicklung griffen Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne, die Ausfransung des Normalarbeitsverhältnisses zugunsten atypischer Beschäftigung und der Abbau sozialer Leistungen auch den Wert der Arbeit in Deutschland an. Der Sozialversicherungsstaat wurde in Frage gestellt. Der Konsens zur Vollbeschäftigung zu existenzsichernden Löhnen wurde aufgegeben. Die Tarifautonomie wurde durch die Flucht aus der Tarifbindung aufgekündigt.

Blickt man heute hinter die Fassade des aktuellen „Jobwunders“ in Deutschland sieht man einen **gespaltenen, tief segmentierten Arbeitsmarkt**. Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen sinkt zugunsten von atypischen Beschäftigungen. Es gibt in Deutschland zwei Entwicklungspole bei den Beschäftigten. Die einen stehen in einem festen Arbeitsverhältnis und bekommen einen meist ausreichenden Lohn, oft, aber noch nicht oft genug, zu tariflich vereinbarten Konditionen. Die anderen müssen sich unter Wert und in einem Zustand der Unsicherheit verkaufen.

Sie sind befristet, auf Leiharbeits-, Teilzeit- oder geringfügiger Basis beschäftigt. Besonders betroffen von der Spaltung des Arbeitsmarktes sind Jüngere (besonders mit Migrationshintergrund), Ältere und Frauen.

Verunsicherung durch Arbeitslosigkeit und soziale Prekarität, unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung und befristete Stellen, Leiharbeit oder Niedriglöhne reichen mittlerweile bis weit in die Milieus der höher qualifizierten Arbeitnehmer und erfassen auch die kleinen und mittleren Selbständigen. Die Teilung der Gesellschaft in positiv- und negativ- Privilegierte, in sichere und unsichere soziale Lagen verschärft sich. Volkswirtschaftlich gefährdet diese Spaltung die Binnennachfrage noch weiter und schwächt das stabile Wachstum; gesellschaftlich verfestigt sie Destruktivität wie Apathie gleichermaßen und zerstört Aufstiegswillen und Anstrengungsbereitschaft und persönlich verunsichert und entwürdigt sie Menschen insgesamt über die Entwertung ihrer Arbeit mit all ihren Auswirkungen auf Gesundheit, Familienbildung, Teilhabebereitschaft und Engagement. Die Kehrseite von Produktivitätssteigerungen sind wachsender körperlicher und geistiger Verschleiß. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien erleichtern einerseits Arbeit, andererseits wird Arbeit dadurch immer entgrenzt – Erreichbarkeit 24 Stunden am Tag ist heute Realität.

Mit dem Parteitagsbeschluss „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ sind viele geeignete Maßnahmen wie z.B. die Begrenzung von Leiharbeit, Verlängerung von ALG I, mehr Mitbestimmung und einen gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro beschlossen wurden.

Allerdings greift der „Fairness-Ansatz“ aus unserer Sicht oft zu kurz und ist geht nicht an die Wurzel des Problems. Natürlich wollen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass sich jedermann an die Spielregeln hält. Fairness heißt ja nach dem Duden in erster Linie „ehrliches, anständiges Verhalten in einem sportlichen Wettkampf“. Wir haben jedoch gemerkt, dass unabhängig von den Spielregeln hier etwas nicht stimmt. Folgerichtig muss sich die Sozialdemokratie für soziale Gerechtigkeit einsetzen und für die Änderung der Spielregeln, dort wo sie ungerecht sind. Am Ende zählt die Gerechtigkeit des Ergebnisses und nicht nur die der Regeln.

Die höhere Bewertung der Arbeit steht im Zentrum der Politik der kommenden Jahre. Sie ist die Schlüsselfrage der Zukunft. Erwerbsarbeit bedeutet für die Menschen materielle Sicherheit, Selbstwertgefühl, soziale Kontakte und Prestige – je besser die Arbeit, je höher das Niveau. Wenn Arbeit auf Dauer fehlt, sinken materielle Sicherheit, Selbstwertgefühl, soziale Kontakte und Prestige. Wir sind die Partei der Arbeit und tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Wir verfügen über die Erfahrung und das Wissen, um unsere Wirtschaft durch den aufgewerteten Faktor Arbeit zu stabilisieren und zukunftsfest zu machen.

Es ist ein Irrweg, eine Politik der Entwertung von Arbeit zu betreiben, und zugleich ein Angriff auf den Standort Deutschland, wenn immer zuerst arbeitspolitische Instrumente über Bord geworfen werden, wenn es an Auftrieb mangelt. Das genaue Gegenteil ist richtig. Der intakte, arbeitspolitisch getriebene Sozialstaat ist eine Produktivkraft und die Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum. Die beitragsfinanzierten Sozialversicherung, die durch Erwerbsarbeit finanziert werden, haben sich in Zeiten der Finanzmarktkrise als Bollwerk sozialer Sicherheit erwiesen.

Deshalb fordert die SPD-Linke:

- Erhöhung der Tarifbindung und der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen,
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der Altersarmut verhindert,
- Abbau atypischer Beschäftigungsverhältnisse,
- Insb. Abschaffung der sozialversicherungsfreien Beschäftigungen (Minijobs)
- Bildung von Transfergesellschaften,

- Verbesserung der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit,
- Verhinderung der Einmündung in unterwertige und prekäre Arbeit,
- Ausbau der Arbeitslosenversicherung,
- Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt (Equal Pay),
- Aktionsprogramm für die Fachkräftesicherung,
- Die Wiedereinführung der Deckung des HH der BA durch den Bundeshaushalt, um die Kurzarbeit als Instrument der Beschäftigungssicherheit zu erhalten,
- die machtpolitische Gleichstellung der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern.

## **V Die SPD als Partei der Bildungschancen**

Bildung ist Menschenrecht. Dies gilt für die berufliche Bildung und es muss auch gelten für die Weiterbildung. Denn Bildung hört nie auf. Und berufliche Bildung wird immer wichtiger in einer Gesellschaft und Ökonomie, die auf gute Qualifikationen angewiesen ist, zur persönlichen und gesellschaftlichen Teilhabe genauso wie zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung und Innovation. Was für die berufliche Erstausbildung zunehmend anerkannt wird, kommt bei der allgemeinen, beruflichen und kulturellen sowie politischen Weiterbildung noch nicht über das Stadium von Sonntagsreden in Deutschland hinaus. Hier belegt Deutschland im internationalen Vergleich einen bedauerlichen Abstiegsplatz.

Dabei drängt das Problem : Die Fokussierung auf 80 000 junge Menschen, die jedes Jahr ohne Schulabschluss bleiben, muss erweitert werden um 300 000 jungen Menschen, die immer noch ohne Zugang zur Erstausbildung in Warteschleifen gehalten werden und die 1,5 Millionen zwischen 20 und 30 ohne abgeschlossene Berufsausbildung bzw. die 5 – 6 Millionen Erwerbsfähige ohne Ausbildung und die über ca. 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten, die wir in Deutschland, einem der am höchsten entwickelten Länder der Erde, gleichwohl verzeichnen müssen.

Die Linke in der SPD fordert deshalb, die Einheit von Erstausbildung und Weiterbildung zu einem bildungspolitischen Schlüsselthema zu machen. Deshalb sollte ein erheblicher Teil der Steuermehreinnahmen aus dem neuen Steuerkonzept in die Bildungsinfrastruktur investiert werden. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss abgeschafft und der verfassungsrechtliche Investitionsbegriff erweitert werden. Die SPD muss in der Bildungspolitik Zeichen setzen in den Kommunen, in den Ländern und im Bund!

Dazu gehören auch klare Forderungen und gesetzlich gesicherte Ansprüche:

- Alle Menschen haben im Laufe ihrer Biographie das Recht auf mindestens eine vollqualifizierende Erstausbildung und drei Jahre berufliche Weiterbildung.
- Nach einem Jahr haben junge Menschen das Recht auf einen voll qualifizierenden betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildungsplatz.
- Wer keinen Schulabschluss oder beruflichen Abschluss hat, hat mindestens das Recht auf eine zweite Chance.
- Berufsbegleitende Ausbildungen müssen massiv ausgebaut werden, um die große Zahl junger Erwachsener ohne Berufsausbildung zu erreichen. Der Exklusion durch Warteschleifen im Zweiten Arbeitsmarkt muss begegnet werden.
- Über die Einführung einer Arbeitsversicherung soll eine Finanzierungsgrundlage für berufliche Qualifizierung geschaffen werden.
- Betriebe sind darüber hinaus durch branchenbezogene Weiterbildungsfonds an den Kosten für berufliche Weiterbildung zu beteiligen, selbst wenn sie nicht selbst Weiterbildungsmaßnahmen durchführen.
- Die Kategorie der Beschäftigungsfähigkeit muss erweitert werden um die Kategorie der Weiterbildungsfähigkeit. Projekte wie WeGebAU etc. haben nur eine Chance, wenn hier eine Weiterbildungsbrücke im mittleren Beschäftigungsalter gelegt worden ist.

- Die Altersgrenzen für Zulassungen zu Ausbildungsgängen, Stipendien, BAföG und weiterer Qualifizierungsmaßnahmen müssen aufgehoben werden, ebenso die Altersdiskriminierung bei Einstellungen z.B. im öffentlichen Dienst.
- Und: Die inklusive Bildungsförderung für Menschen mit Behinderung und Handicap gehört dazu. Sie verändert zugleich die Wahrnehmung und den Umgang mit Verschiedenheit allgemein und ist damit auch ein Beitrag zum Umgang mit Alter, Einwanderung, sozialer Vielfalt und Verschiedenheit. Inklusive Institutionen sind nicht mehr die gleichen Institutionen wie vorher, sondern Katalysatoren für Integration und Teilhabe durch Bildung allgemein.

## **VI Für ein gerechtes Rentensystem**

Eine zukunftsfähige Rentenpolitik muss den veränderten Altersaufbau der Gesellschaft anerkennen, darf aber nicht blind sein für die Realitäten und Ängste unterschiedlicher Berufsgruppen und Bevölkerungsgruppen. Die SPD muss für eine zukunftsweisende und solidarische Rentenpolitik stehen, die allen Menschen in unserer Gesellschaft, egal welchen Alters, ein menschenwürdiges Leben und eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht und die Lebensleistungen älterer Menschen anerkennt und würdigt.

Der Wert der Arbeit muss von der deutschen Sozialdemokratie auch durch ein **gutes, nachhaltiges und gerechtes Rentensystem** geschützt werden. Ein gesetzliches oder staatlich gefördertes Alterssicherungssystem, das den Anforderungen an einen modernen Sozialstaat und der Balance im Verhältnis der Generationen genügen soll, muss in erster Linie zwei Ziele verfolgen:

- (1) Lebensstandardsicherung und
- (2) Armutsfestigkeit.

Diese beiden Ziele gelten für jedes Alterssicherungssystem. Sie sind Maßstab für Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren, ob die Mitgliedschaft obligatorisch oder freiwillig ist, ob das System für alle Bürgerinnen und Bürger oder alle Erwerbstätigen gilt oder berufsständisch orientiert ist, oder, ob es aus einem einheitlichen gesetzlichen System oder aus mehreren „Säulen“ besteht.

Es ist jedoch festzustellen, dass das deutsche Alterssicherungssystem, das „Drei Säulen – Modell“ – die solidarisch- und umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung, ergänzt um die betriebliche und private kapitalgedeckte Altersvorsorge, in Zukunft beide Ziele, sowohl die Lebensstandardsicherung, als auch die strukturelle Armutsfestigkeit, deutlich verfehlen wird. Dies ist zwar im derzeitigen Rentenbestand kaum spürbar, muss aber dennoch für die kommenden Jahrzehnte erwartet werden.

Daher ist es falsch, die Begrenzung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zum alleinigen Kriterium der Renten- und Alterssicherungspolitik zu machen. Vielmehr ist die Höhe des Beitragssatzes das Ergebnis einer gesellschaftlichen und politischen Abwägung, in die sowohl die angestrebten Sicherungsziele als auch die verfügbaren finanziellen Ressourcen sowie die Dringlichkeit konkurrierender politischer Ziele mit einbezogen werden müssen.

Um die Ziele – Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit – zu erreichen fordert das Forum DL21 zusammen mit der AG 60plus (NRW-SPD) und der Bundesverband der Jusos folgendes:

- Die gesetzliche solidarisch finanzierte Rentenversicherung muss so umgestellt werden, dass die Hauptziele – Lebensstandardsicherung und strukturelle Armutsfestigkeit – wieder innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht werden. Die in der Finanzkrise, die durch die globalen Veränderungen in der Wirtschaft besonders in den Arbeitsverhältnissen zu Tage getretenen Risiken lassen



sich nicht individuell abdecken, sondern nur durch eine Solidarversicherung innerhalb bzw. zwischen den Generationen.

- Die nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt und des Einzelnen hängt von einer positiven Entwicklung der Erwerbsbeteiligung und der existenzsichernden Löhne, von der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, der Ausweitung des Kreises der Versicherten, der Reduzierung der Arbeitslosigkeit, der Gestaltung der Zuwanderung und besonders der Produktivitätsentwicklung ab.

Das entscheidende Kriterium für das Funktionieren unserer deutschen Sozialversicherungssysteme, also auch der Alterssicherung, ist die Primärverteilung der Einkommen. Es gilt daher mit unserer Politik an den Ursachen anzusetzen, bevor wir lediglich Ergebniskorrekturen in der Alterssicherung vornehmen.

Die von uns vorgesehenen Verbesserungen in der Arbeitsmarktpolitik müssen durch Reformen in der Rentenversicherung ergänzt werden. Die politisch erfolgreichen Veränderungen, um z. B. Sicherungslücken zu schließen, würden wirkungslos bleiben, wenn die drastische Absenkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung bestehen bleibt. Eine Rückkehr zu dem Sicherungsziel von rd. 53 % (Niveau vor Steuern ohne Abzug des „Riester-Faktors“) ist daher unabdingbar.

Für die notwendigen Veränderungen in der Alterssicherung gelten für uns **folgende Grundsätze und Maßnahmen**:

- **Grundlage ist die solidarische und paritätisch nach dem Umlageprinzip finanzierte gesetzliche Rentenversicherung.** Sie sichert nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in Form der Rente den Ersatz für das wegfallende Erwerbseinkommen. Die Höhe ergibt sich aus den geleisteten Beiträgen während der Erwerbsphase. Eine jährliche Anpassung der Rente erfolgt durch die Kopplung an die Lohn- und Gehaltsentwicklung.
- Die gesetzliche Rentenversicherung wird schrittweise zu einer **Erwerbstätigenversicherung** ausgebaut. Das heutige berufsständisch gegliederte Alterssicherungssystem behandelt je nach Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen (Arbeitnehmer, Beamte, Landwirte, Künstler, freie Berufe, sonstige Selbständige usw.) gleiche soziale Tatbestände ungleich. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, dass alle Erwerbstätigen dem gleichen solidarischen Rentensystem angehören und die damit verbundenen Finanzierungslasten gemeinsam tragen.
- Das Sicherungsziel der Alterssicherung kann nach dem Paradigmenwechsel 2001 nicht mehr in dem gewohnten Umfang durch die gesetzliche Rentenversicherung erreicht werden. Derzeit bedarf es der freiwilligen Ergänzung durch eine private, allein von dem einzelnen Arbeitnehmer finanzierte, kapitalgedeckte Vorsorge (Riester-Rente, Betriebsrente). Dies kann leider von einem großen Teil der Erwerbstätigen, besonders in der Zukunft, nicht erreicht werden. Die Ziele – Lebensstandardsicherung und strukturelle Armutsfestigkeit – müssen daher wieder vorrangig und verlässlich durch die gesetzliche Rentenversicherung erreicht werden. **Die Absenkung des Sicherungsziels auf rd. 43 % in der gesetzlichen Rentenversicherung wird rückgängig gemacht Eine Rückkehr zu dem Sicherungsziel von rd. 53 % (Niveau vor Steuern ohne Abzug des „Riester-Faktors“) ist unabdingbar.**
- In diesem Falle sind dann zweite und dritte Säule lediglich private Ergänzungen. Ihre finanzielle Förderung durch den Staat ist damit letztlich entbehrlich. Dies gilt auch für die sogenannte „Entgeltumwandlung“.

- Betriebsrenten müssen aber im Sinne der Beschäftigten besser reguliert werden. So müssen unter anderem die paritätische Beteiligung der Arbeitgeber sowie die Mitnahmemöglichkeiten bei einem Arbeitsplatzwechsel garantiert sein. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Übertragung von Solvency-II-Vorgaben (EBAV-Richtlinie) auf Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge aufzugeben.
- Der Wegfall staatlicher Förderung für die zweite und dritte Säule erfordert **die Streichung der Dämpfungsfaktoren** (Riester-Treppe, Nachhaltigkeitsfaktor) in der Rentenanpassungsformel.
- Der Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse, die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, höhere Rentenbeiträge für gewisse Gruppen usw. können niedrige Erwerbseinkommen immer nur für die Zukunft anheben. Niedriglöhne der Vergangenheit würden damit nicht erfasst. Zur Schließung der entstandenen und auch für die Zukunft nicht auszuschließenden Sicherungslücken die u. U. zu einer Rente unterhalb der Grundsicherung führen würde, brauchen wir **eine Ergänzung der gesetzlichen Rente um eine sogenannte Mindestrente**. Hierzu eignet sich etwa das System der Mindestentgeltpunkte, mit dem Zeiten besonders niedrig entlohnter Beschäftigung oder Phasen der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege höher bewertet werden. Dies muss ohne Befristung der Regelung erfolgen. Das Niveau der Mindestrente muss über der Grundsicherung liegen. Die Grundsicherung muss als eigenständiges soziales Sicherungssystem erhalten werden. Sie sichert das Existenzminimum derjenigen ab, die keine Rentenansprüche erworben haben.
- Wir brauchen wieder die Abführung von Rentenbeiträgen für Arbeitslosengeld II Bezieherinnen und Bezieher. Es geht nicht nur um die Anerkennung von Pflichtbeitragszeiten sondern vorrangig um die Schließung von wertmäßigen Sicherungslücken. Dazu bedarf es entsprechend hoher Rentenbeiträge.
- Die Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten gesetzlichen Rente ist nicht umsonst zu haben. Wissenschaftliche Studien haben aber ergeben, dass ein solcher Kurswechsel **ohne Mehrbelastungen für die Beschäftigten** und Nachteile für die volkswirtschaftliche Entwicklung möglich wäre. Im Jahr 2030 müsste der Beitragssatz dazu um vier bis sechs Prozentpunkte stärker steigen als geplant, die paritätisch finanziert werden müssen. Da unsere Vorschläge die private Zusatzversicherung aber entbehrlich machen, werden die Beschäftigten um die geforderten vier Prozent privater Vorsorge entlastet. Im Ergebnis würden sie sogar ein bis zwei Prozentpunkte weniger zahlen müssen.
- Wir wenden uns **gegen eine auf ein bestimmtes Lebensalter festgelegte allgemeine Renteneintrittsgrenze**. Die Folgen eines für alle Arbeitnehmer gleichermaßen geltendes Renteneintrittsalter haben gezeigt, dass alle Modelle mit starren Altersgrenzen gescheitert sind. Sie müssen scheitern, weil sich einerseits die das Renteneintrittsalter bestimmenden Voraussetzungen ständig verändern (demografischer Wandel, ansteigende Lebenszeiten, rasante Veränderungen der allgemeinen und beruflichen Qualifikationsanforderungen, Bruttolohnquote, anhaltender Trend zu individualistischen Lebens- und Arbeitsformen etc.) und andererseits die persönlichen Voraussetzungen für Leistungsmöglichkeit und Motivation im Arbeitsleben für jeden Arbeitnehmer völlig unterschiedlich sind (physische, psychische und geistige Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Qualifikationswerb und Qualifikationsbereitschaft, individuelle und familiäre Lebensverhältnisse und Lebensplanungen etc.). In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der privat abgeschlossenen Berufsunfähigkeitsversicherungen stark ausgeweitet. Zudem ist ein maßgeblicher Grund für einen früheren Renteneintritt das **Risiko der Berufsunfähigkeit**. Aus diesen Gründen muss dieses Risiko wieder in den

Sozialversicherungssystemen abgesichert werden. Es stellt zudem einen Anreiz für die Arbeitgeber dar, alters- und altersgerechte Arbeitsplätze zu gestalten.

- Das sture Festhalten an der „Renten mit 67“ vernachlässigt diese Erkenntnisse völlig. Das Gesetz ignoriert die Realitäten des Arbeitsmarktes. Die Rückwirkungen auf den einzelnen Arbeitnehmer spielen dabei keine Rolle. Wenn jetzt nur fast 80 % der 60 – 64-jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Vollerwerbsstelle tätig sind, dann ist ihnen eine freie Entscheidung über den Berufsaustritt und den Rentenbeginn genommen. Ihnen bleibt selbst bei dem Renteneintrittsalter von 65 Jahren nur die Rente mit deutlichen Abschlägen. Die Anhebung der Altersgrenze erfolgt also losgelöst von ihrer tatsächlichen Erreichbarkeit. Fazit: Das Gesetz zur Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre muss abgeschafft, mindesten im Vollzug ausgesetzt werden.
- Schon jetzt müssen aber die vorhandenen Möglichkeiten zu einem flexiblen Übergang vom Beruf in die Rente verbessert werden. Wir brauchen einen erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente. Die versicherungsmathematischen Abschläge müssen wieder abgeschafft werden. Die unfreiwillige Beendigung des Berufslebens wegen gesundheitlicher Einschränkungen darf nicht durch Abschläge bestraft werden. Das Erwerbsminderungsrisiko muss umfänglich und solidarisch finanziert durch die gesetzliche Rentenversicherung erfolgen. Die „Teilrente ab 60“ muss weiterentwickelt werden. Die durch die Verkürzung der Arbeitszeit und entstehenden Abschläge einer Teilrente müssen vom Arbeitgeber ausgeglichen werden.

Diese Mindestanforderungen zur Verbesserung der Alterssicherung und des Schutzes vor Altersarmut bedürfen sicherlich der Präzisierung und Ergänzung. Darüber regt das Forum DL21 zusammen mit den Jusos und der AG 60plus eine breite Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen an. Wir wollen, Jung und Alt, mit diesen Vorschlägen dazu den Anstoß geben.

## **VII Für ein gerechte Steuerpolitik, die den Staat handlungsfähig macht**

Nach Jahrzehnten einseitig marktorientierter Politik geht es in den nächsten Jahren um die Stärkung des Gemeinwesens, der öffentlichen Infrastrukturen, von Bildung und sozialstaatlichen Aufgaben. Die zentrale Aufgabe zukunftsgerichteter deutscher Politik liegt daher in der Wiederherstellung der finanziellen Stabilität durch Entschuldung sowie in einer nachhaltigen wirtschaftlichen und ökologischen Modernisierung auf Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Die Stärkung der Handlungsfähigkeit von Staat und Kommunen dient damit vor allem auch den Menschen, die durch geringes Einkommen und eingeschränkte Teilhabechancen in Arbeit und Bildung besonders auf staatliche Hilfen angewiesen sind: Denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept muss Wachstum und Verteilung verbinden. Dabei wissen wir aus der historischen Erfahrung der Stabilität der sozialen Marktwirtschaften der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts, dass Wirtschaftswachstum dann hoch und stabil ist wenn die Verteilung von Einkommen und auch Vermögen möglichst egalitär ausfällt. Gerechtigkeit sichert Wirtschaftskraft. Lohnzurückhaltung bedingt ein geringes Steueraufkommen. Die neoliberale Mainstream der letzten Jahrzehnte hat diesen ökonomischen Zusammenhang zerstört und damit die derzeitigen Krisen hervorgerufen. Daher stützen wir unsere Politik auf die ökonomischen Konzepte, die den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang von Investition und Konsum, Gewinnen und Löhnen sowie öffentlicher Infrastruktur und Sicherung unserer Lebensgrundlagen bewältigen können und nicht nur egoistische Einzelinteressen und gewinnorientierte Strategien internationaler Konzerne und Finanzakteure bedienen.

Die Wiederherstellung von Verteilungsgerechtigkeit ist heute nicht nur eine zentrale Frage zur Sicherung von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt sondern auch von wirtschaftlicher Stabilität und nachhaltiger Erneuerung. Deshalb achten wir bei unseren steuerpolitischen Vorschlägen ebenso darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes hinreichende Einkommen für ihre Lebensgestaltung erzielen wie die Unternehmen und vielen Selbständigen in Deutschland verlässliche Umsätze erzielen, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ordentlich bezahlen und für ihre Investitionen eine gesicherte Finanzierung erhalten. Daraus ergeben sich drei Leitlinien für unser steuerpolitisches Konzept:

- Herstellung der Handlungsfähigkeit des Staates, der Länder und Kommunen,
- Gerechtigkeit herstellen – nach Leistungsfähigkeit besteuern,
- Private Nachfrage bei Konsum und Investition im Land selber stärken.

Im Einzelnen fordert die SPD-Linke:

### 1. Vermögen, Kapitaleinkünfte und Finanzspekulationen heranziehen

Über die Verzerrungen in der reinen Einkommensbesteuerung hinaus hat die herabgesetzte Besteuerung von Kapitaleinkünften und Vermögen die ungerechte Verteilung durch den Aufbau eines neuen Reichtums für Wenige in Deutschland hervorgerufen. Hierdurch wurde auch die Aufblähung eines unproduktiven Finanzsektors, der dazu noch unterbesteuer ist, erst möglich. Um diese Schieflagen zu beseitigen muss das sozialdemokratische Steuerkonzept folgende weitere Vorhaben umfassen:

- Die **Vermögenssteuer**, die vollständig den Ländern zukommt, muss wieder eingeführt werden und der Satz mindestens die Höhe des OECD-Durchschnittsniveaus erreichen.
- Eine **Finanztransaktionssteuer** in Höhe bis zu 0,1 Prozent muss als Verkehrssteuer für alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen eingeführt werden (siehe oben).
- Die **Abgeltungssteuer** muss in die Einkommensbesteuerung rückgeführt werden, damit Dividenden und Zinsgewinne ab einem Durchschnittssteuersatz von über 25 Prozent nicht weiter besser behandelt werden als Arbeitseinkommen. Um eine Privilegierung hoher und höchster Einkommen auszugleichen reicht auch eine Anhebung des Abgeltungssteuersatzes auf 30 oder 35 Prozent nicht aus; Dividenden und Zinseinkünfte müssen dem individuellen Steuersatz unterzogen werden. Das zusätzliche Aufkommen soll auch zur Finanzierung der Bürgerversicherung eingesetzt werden.
- **Erbschafts- und Schenkungssteuer**, die zu 100 Prozent den Ländern zufließt, sollte erhöht und der Steuersatz mindestens an den OECD-Durchschnitt angepasst werden. Dazu sind die im Wachstumsbeschleunigungsgesetz von der schwarz-gelben Koalition verabschiedeten Begünstigungen von Unternehmenserben zurückzunehmen. Auch die Überprivilegierung des Betriebsvermögens in der Berechnung der Erbschaftssteuer ist abzuschaffen.
- Als Beitrag zur mehr Gerechtigkeit in den Städten und Gemeinden und zwischen den Regionen Deutschlands muss die **Grundsteuer** entsprechend der aktuellen Verkehrswerte der Immobilien und Grundstücke erhoben werden.

### 2. Unser Konzept für die Einkommenssteuer: Spitzensteuersatz von 49 %, Reichensteuer und 8 Mrd. Euro Mehraufkommen

Der SPD-Bundesparteitag hat im September 2010 die Grundlagen für eine bessere Einnahmehasis von Bund, Ländern und Kommunen gelegt. Der Beschluss "Fortschritt für Deutschland" fordert eine **Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 % auf 49 %** für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 € bzw. 200.000 € bei Eheleuten. Damit kommt es erst bei Menschen mit einem - nach Abzug von Freibeträgen, Abschreibungen

usw. von ihrem Bruttoeinkommen - zu versteuernden Einkommen von ca. 65 000 Euro pro Jahr (5400 Euro pro Monat) bzw. ca. 130 000 Euro pro Jahr (10 800 Euro pro Monat) zu Mehrbelastungen. Mittlere oder gar geringere Einkommen von Arbeitnehmern oder Selbständigen werden damit nicht erneut belastet.

Zu einem modernen und gerechten Steuerkonzept gehört aber auch die **Beibehaltung der sog. 'Reichensteuer'**, mit der sehr hohe Einkommen einen dreiprozentigen Aufschlag auf den Spitzensteuersatz erhalten. Ebenso muss entsprechend des genannten Parteitagebeschlusses, unterstützt durch eine aktuelle Empfehlung der OECD, die Reform des Ehegattensplittings durch eine gemeinsame steuerliche Veranlagung mit Individualbesteuerung unter Wahrung des Vertrauensschutzes für bestehende Ehen ersetzt werden. Perspektivisch wollen wir die vollständige Ablösung des Splittings durch einen Familien- und Kindergrundfreibetrag.

Ein solches Einkommenssteuerkonzept muss so ausgestaltet werden, dass es unter Einbeziehung der steuerlichen Effekte der aktuellen Wirtschaftsentwicklung zu Mehreinnahmen für den Bund, die Länder und die Kommunen von insgesamt 8 Mrd. Euro führt.

### 3. Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer

Auf internationaler, vor allem europäischer Ebene muss das Steuerdumping für Kapital- und Unternehmensbezogene Steuern durch eine Harmonisierung der Besteuerungsgrundlagen und Mindeststeuerquoten beendet werden.

- Angesichts der im europäischen Vergleich unterdurchschnittlichen effektiven steuerlichen Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, der glänzenden Ertragslage des Unternehmenssektors, der schon jetzt nicht mehr zu rechtfertigenden Privilegierung der Kapital- gegenüber den Arbeitseinkommen und der schwierigen Finanzlage der öffentlichen Hand ist eine Ausweitung der Besteuerung sachlich geboten.
- Dabei sollte neben einer moderaten Anpassung der Steuersätze vor allem auf eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen gesetzt werden, unter anderem durch eine Besteuerung aller im Betrieb erwirtschafteten Kapitalentgelte einschließlich der gezahlten Fremdkapitalzinsen und Lizenzgebühren. Dadurch wird tendenziell die gesamte inländische Wertschöpfung Gegenstand der Besteuerung, die Verschiebung von Gewinnen in Steueroasen wird wesentlich erschwert.
- Im Gegenzug zu einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage können die Abschreibungsbedingungen verbessert werden, um Anreize für Investitionen in die Realwirtschaft zu schaffen.
- Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindewirtschaftssteuer unter Einbeziehung der freiberuflichen Tätigkeiten weiterentwickelt werden.
- Maßnahmen zur Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung auf europäischer Ebene sind weiter dringend notwendig, um dem „race to the bottom“ ein Ende zu setzen. Einen Ansatz hierzu bietet der von der EU-Kommission vorgelegte Richtlinienentwurf über eine „Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage“ (GKKB).

### 4. Abbau von Abschreibungsmöglichkeiten und Steuersparmodellen

Zur Schaffung einer gerechten Besteuerung gehört es auch, alle Tatbestände zu überprüfen, die zu einer Reduzierung des zu versteuernden Einkommens durch unververtretbare Abzüge vom Bruttoeinkommen führen. Wenn der Begriff der Subvention als leistungslose und volkswirtschaftlich unnütze Bevorteilung einen Sinn hat, dann für Privilegierungen dieser Art.

Die schwarz-gelbe Koalition hat mit dem sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz eine solche Subventionierung Weniger mit einem Schaden von 8,3 Mrd. Euro für die öffentlichen Haushalte ins Werk gesetzt. Dieses Gesetz muss ebenso abgeschafft werden wie eine Reihe weiterer Möglichkeiten für höhere Einkommen die Bemessungsgrundlage für ihr zu versteuerndes Einkommen ungerechtfertigt deutlich gegenüber ihren Bruttoeinkünften zu reduzieren.

Wir wissen allerdings aus der Diskussion über das sog. Dienstwagenprivileg und die Entfernungspauschale wie schnell ein Abbau von Begünstigungen auch ganz normale Selbständigen- und Arbeitnehmerhaushalte erreichen kann. Im Rahmen einer Einkommenssteuerreform wollen wir die Freibeträge so gestalten, dass Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen nicht besser gestellt werden, als Familien, die nur Kindergeld beziehen. Wir wollen einen Staat, dem jedes Kind gleich viel wert ist.

Insgesamt ist nicht ohne eine detaillierte Betrachtung der Einzelregelungen möglich, solide zu bestimmen wie hoch die zu erzielenden Mehreinnahmen durch den Abbau von Abschreibungsmöglichkeiten und Steuersparmodellen sein kann. Eine große Bedeutung hat weiterhin die Beseitigung ökologisch schädlicher Anreize in der Steuergesetzgebung. In diesem Zusammenhang geht es uns auch um die Prüfung nutzerbezogener Belastungskonzepte. Bezüglich der wieder in die Diskussion kommenden Mehrwertsteuerreform lehnen wir heimliche Steuererhöhung durch die Abschaffung reduzierter Mehrwertsteuersätze für lebensnotwendige und gemeinnützige Waren und Dienstleistungen ab. Insgesamt ist bei den indirekten Steuern die Grenze der Belastbarkeit erreicht.

## **5. Schaffung eines durchsetzungsfähigen Steuervollzugs**

Gerade für die Finanzen in den Kommunen und Ländern ist der herrschende Steuerstandortwettbewerb besonders schädlich. Daher setzen wir uns für eine durchgreifende Bekämpfung von Steuerhinterziehung und –betrug ein. Um darüber hinaus Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen unterstützen wir den Ausbau der Steuerbetriebsprüfung. Zur Schaffung einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und Steuerprüfung müssen im ersten Schritt gemeinsame bundesweite Standards festgelegt werden. Wir befürworten die zügige Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung, die für die Länder keine Aufkommenseinschränkungen bedeutet sondern die administrative Verantwortung vereinheitlicht.

## **6. Niedriglohnbereiche abschaffen – Bruttoeinkommen stärken**

Sozialbeiträge leistungsgerecht ausgestalten: Neben der unzureichenden Vermögensbesteuerung verweisen OECD-Statistiken vor allem darauf, dass Ungerechtigkeit in Deutschland seine Ursache in der Abgabenbelastung hat, durch die untere Einkommen überdurchschnittlich und höhere Einkommen wegen der Beitragsbemessungsgrenzen deutlich unzureichend zur Finanzierung der Sozialsysteme herangezogen werden. Mit unserem Vorschlag zur Einführung einer Bürgerversicherung (siehe unten) wollen wir hier mehr Gerechtigkeit und Stabilität erreichen.

Darüber hinaus brauchen wir in Deutschland endlich einen gesetzlichen Mindestlohn. Damit würde sich nicht nur die Einkommenssituation von fünf Millionen Menschen in Deutschland deutlich verbessern. Wir fordern: **„Mehr brutto für gute Arbeit!“**.

## **VIII Für eine gute Gesundheitsversorgung für alle**

Die soziale Ungleichheit in Deutschland spiegelt sich auch im Bereich Gesundheit wider. Seit den 1990er Jahren hat nach dem Sozialdatenreport 2011 auch die gesundheitliche

Ungleichheit zugenommen: Wer zu den Ärmeren in unserer Gesellschaft zählt, trägt ein höheres Krankheits- und Pflegebedürftigkeitsrisiko und hat eine geringere Lebenserwartung. Die Tatsache, dass das Risiko eines schlechten Gesundheitszustands für armutsgefährdete Männern um 2,7 Mal höher und für armutsgefährdete Frauen 2,2 Mal höher ist als für Menschen hoher Einkommensgruppen zeigt auch auf, dass die Zugänge zur Gesundheitsversorgung nicht für alle Bevölkerungsschichten gleich sind. Leider kann man oft die zunehmende soziale Ungleichheit schon äußerlich an der Zahnversorgung festmachen. Diese Entwicklung zur Zwei-Klassen-Gesellschaft, auch bezüglich der Gesundheit, wird von immer mehr Menschen erlebt.

Das Gesundheitswesen ist insbesondere seit den 1990er Jahren stetig für mehr Wettbewerb geöffnet worden. Zunehmend steht nicht mehr gesellschaftliche Solidarität, sondern Individualisierung – und damit die Individualisierung auch von gesundheitlichen Risiken – im Mittelpunkt vieler gesundheitspolitischer Diskussionen und Reformen. Leistungsausgrenzungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung werden für notwendig und wie selbstverständlich dargestellt. Der Markt für individuelle Gesundheitsleistungen wächst und die Profitinteressen gewinnen gegenüber dem breiten gesellschaftlichen Interesse an einer optimalen und finanzierbaren Versorgung aller an Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund muss die Forderung nach einem auf Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit basierenden Gesundheits- und Pflegesystem erhoben werden. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Teilhabe am medizinischen Fortschritt muss für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden. Für die Behandlung und Wiedereingliederung der Menschen ist die direkte Gesundheitspolitik mit ihren Versorgungssystemen unerlässlich. Zu Gesundheitsförderung und Prävention im Sinne von Abbau gesundheitlicher Ungleichheit tragen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik jedoch in besonderem Maße bei. Sie dürfen bei gesundheitspolitischen Reformen nicht vernachlässigt werden.

Das Vertrauen in eine verlässliche Gesundheitsversorgung muss wieder gestärkt werden, indem die Lastenverteilungen gerechter geregelt werden. Denn Privatisierungen und das damit verbundene Profitstreben entziehen dem Gesundheitswesen Geld, das nicht mehr für die Versorgung der Menschen zur Verfügung steht. Deshalb müssen wir die Profitgier zurückdrängen und Privatisierungen eindämmen, um auch die Qualität der Versorgung zu verbessern.

Deutschland hat immer noch eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Das gilt es nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen und den jetzigen Trend zur Privatisierung wieder umzudrehen. Die gesundheitliche Versorgung muss dazu qualitativ gesteigert werden.

Wesentliche Pfeiler einer guten Gesundheitsversorgung sind Gesundheitsförderung und Prävention. Dies sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, bei der alle politischen Ebenen und Akteure ihrer Verpflichtung gerecht werden müssen. Aufklärung, Beratung und Maßnahmen müssen Menschen jeden Alters und Einkommens direkt vor Ort erreichen.

Deshalb fordern wir ein Präventionsgesetz, in dem der interdisziplinäre Ansatz und die Steuerung parallel zur Finanzierung geregelt werden.

Über-, Unter- und Fehlversorgung sind die Schattenseiten unseres Gesundheitssystems. Wesentlichen Anteil daran haben die immer noch bestehenden Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung.

Leitbild muss dabei der gut qualifizierte Hausarzt sein, dem immer mehr eine Lotsenfunktion zukommt. Fachärztliches Rückgrat der Versorgung müssen Teams von Spezialisten in Medizinischen Versorgungszentren, - gerade an der Schnittstelle zum Hausarzt -, sein. Dazu kommen die Krankenhäuser, die insgesamt für die ambulante Versorgung geöffnet werden müssen. Lange Überweisungsketten mit immer neuen Wartezeiten müssen der Vergangenheit angehören.

Integrierte Versorgungsansätze müssen Vorrang haben vor dem bisherigen Denken in (Fach-) Arztkategorien. Ländern und Kommunen kommt bei der Planung eine besondere Verantwortung zu, insbesondere für die Grundlagen der Planung.

### **Pflegepolitik muss Teilhabe garantieren und Unterstützung organisieren**

Pflegepolitik geht alle an. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In unserer Gesellschaft darf niemand, der pflegebedürftig geworden ist, abseits stehen, sondern muss sich auf die Solidarität der jüngeren und insbesondere der stärkeren Nicht-Pflegebedürftigen in unserer Gesellschaft verlassen können.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept Pflege, mit dem wir für Pflegebedürftige die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe ausweiten, Pflegepersonen weiter entlasten, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen, die gute Arbeit für Pflegefachkräfte gewährleisten und die Pflegeinfrastruktur ausbauen. Die Potenziale der Familien, der Nachbarschaften, des ehrenamtlichen Engagements müssen gestärkt und mit professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen verknüpft werden und es müssen die Bedürfnisse von pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund in der Hilfeplanung berücksichtigt werden. Es bedarf einer umfassenden sozialräumlichen Koordinierung und Gestaltung, damit sowohl das Wohnumfeld als auch ambulante Betreuungsformen und Hilfeangebote den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen vor Ort entsprechen.

Wir brauchen eine Reform der Pflegeversicherung, mit der die Grundlage für einen umfassenden, ganzheitlichen Ansatz gelegt wird und wir uns in unserer älter werdenden Gesellschaft auf die Unterstützung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen und insbesondere der steigenden Zahl dementiell erkrankter Menschen einstellen.

Die Unterstützung von Hospizen und der ehrenamtlichen Hospiz-Gruppen gehört ebenfalls dazu. Auch in der letzten Lebensphase muss die Solidarität der Gesellschaft gewährleistet sein.

Die gesetzliche Krankenversicherung als Rückgrat der Finanzierung ist ohne Alternative. Gerade in der Zeit von Finanzmarktkrisen ist eine paritätische und umlagefinanzierte Krankenversicherung ein großes Gut für alle Bürgerinnen und Bürger, das es zu stärken und auszubauen gilt.

Neben dem Ausbau der solidarischen und paritätischen Finanzierung der GKV sehen wir in der Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes die größte Herausforderung. Daher sind für uns folgende Reformschritte notwendig:

### **Reformschritt: Bürgerversicherung bei Krankheit**

Für ein solidarisches System der Gesundheitsversorgung gibt es eine breite gesellschaftliche Mehrheit. Eine der offensichtlichsten Schwächungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist der fortschreitende Trend zur Privatisierung von Gesundheitskosten und damit zur Entsolidarisierung. Einerseits wurden der GKV immer mehr Aufgaben übertragen, wie die Kosten für ALG II-Bezieher oder Seuchenbekämpfung, und andererseits wurden Leistungen ausgegliedert, wie Zahnersatz für Erwachsene oder Sehhilfen. Besserverdienende und Arbeitgeber wurden in den letzten Jahrzehnten immer stärker aus der Finanzierung des Gesundheitssystems entlassen – und das obwohl die direkten Kosten für arbeitsbedingte Erkrankungen auf inzwischen auf 43 Mrd. Euro gestiegen sind.

Mit dem Konzept der Bürgerversicherung wird nachhaltig sichergestellt, dass alle Menschen die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten unabhängig von ihrem Einkommen oder ihres Beschäftigungsstatus.

Wir beenden das unsolidarische Nebeneinander zwischen sozialer GKV und dem Geschäftsmodell Private Kranken(voll)versicherung (PKV). Dazu beziehen wir alle Bürgerinnen und Bürger zu gleichen Bedingungen in die selbstverwaltete soziale Bürgerversicherung ein. Bestandskunden der PKV ermöglichen wir den Wechsel unter



Mitnahme der verfassungsgemäßen Altersrückstellungen. Das Beamtenrecht wird entsprechend sozial geöffnet. Wir wollen die GKV wieder vollständig paritätisch finanzieren, inklusive Zuzahlungen, Praxisgebühren und Aufzahlungen. Damit sind derzeit allein die Versicherten belastet mit etwa 10 Mrd. Euro. Wir reintegrieren frühere Leistungen der GKV, beispielsweise Zahnersatz für Erwachsene. Danach weiten wir die Solidarität unter ArbeitnehmerInnen durch die schrittweise Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung aus. So können wir die Leistungen für alle erhöhen und gleichzeitig untere und mittlere Einkommen aus abhängiger Beschäftigung, aber auch Freelancer mit geringen Erlösen entlasten.

Mit dieser Bürgerversicherung schaffen wir in der Finanzierung ein gerechtes und nachhaltiges System, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht, die Bemessungsgrundlage verbreitert und die Lasten fairer verteilt sowie eine bessere öffentlich getragene Gesundheitsversorgung finanziert. Zudem ist es gegenüber Finanzmarktkrisen weitgehend gefeit.

### **Reformschritt: Bürgerversicherung Pflege**

Die Herausforderungen in der Pflege nehmen durch die demografischen Veränderungen und die Zunahme von Demenzerkrankungen zu.

Wir wollen Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige schnellstmöglich umsetzen und auch die Kommunen unterstützen und dabei die Versicherten nicht unverhältnismäßig belasten. Wir wollen keine Zwei- oder Drei-Klassen-Pflege. Wir wollen auch die solidarische und paritätische Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung Pflege ausbauen. Das Nebeneinander von privater und gesetzlicher Pflegeversicherung ist unsolidarisch. Wir wollen eine einkommensabhängige Finanzierung der Pflegeversicherung, in die alle gerecht entsprechend ihres Einkommens einzahlen, an der sich die Arbeitgeber paritätisch beteiligen und in der die unterschiedliche Risikoverteilung zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung ausgeglichen werden.

### **Reformschritt: Länder und Kommunen als wichtige Akteure in der Gesundheits- und Pflegepolitik**

Die versorgungsgerechte Infrastruktur für Gesundheit und Pflege kann nur auf kommunaler und regionaler Ebene geschaffen werden. Deshalb müssen die Länder und Kommunen die Planung der integrierten Versorgung zusammen mit den Krankenkassen und den anderen an der Gesundheitsversorgung und an der Pflege beteiligten Akteure, auch den Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen, leisten.

Grundlage dieser Planung kann aus unserer Sicht nur eine umfassende integrierte Sozial- und Gesundheitsberichterstattung sein, die auch einen „Gesundheitsatlas“ als Informationsgrundlage über den Gesundheitszustand der Bevölkerung beinhaltet.

### **Reformschritt: Revitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes**

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist in den letzten Jahren zum Teil stark eingeschränkt worden. Reihenuntersuchungen in KiTas und Schulen, niedrigschwellige Beratung und Vermittlung von gesundheitsfördernden Maßnahmen sind auszubauen. Hygiene und Prävention gehört ins Stadtquartier, in die Schule und den Kindergarten - ebenso die Versorgung obdachloser Menschen und von Menschen ohne Aufenthaltsstatus.

### **Reformschritt: Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Gesundheitsberufe**

Neben dem Bereich Tourismus wächst im Bereich Gesundheit und Pflege die Beschäftigungsmöglichkeit. Inzwischen arbeiten in der Gesundheitsbranche mehr als 4,5 Mio. Menschen mit weiterhin steigender Tendenz. Die Berufe im Dienste an Menschen müssen nicht nur über den gesetzlichen Mindestlohn, sondern durch angemessenen

Bezahlung und entsprechende Berufsausübungsbedingungen aufgewertet werden. Denn: Dienstleistungen sind auch wertschöpfend!

Das gilt insbesondere für die Pflege. Neben der Gebührenfreiheit für die Ausbildung und einer leistungsgerechten Bezahlung wollen wir eine einheitliche generalistische Ausbildung für Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege sowie Aufstiegs- und Umstiegsmöglichkeiten garantieren. Wir wollen, dass Pflege stärker ärztliche Tätigkeiten übernimmt.

### **IX. „Die SPD als Partei für Gleichstellung“**

Das Ziel sozialdemokratischer Politik war und ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des Lebens. Denn Gleichstellung ist eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht und erfordert eine konsistente Gleichstellungspolitik in allen Bereichen. Das Prinzip des Gender Mainstreaming soll dabei die Leitlinie der sozialdemokratischen Politik sein.

Unser Rechtssystem ist immer noch geprägt von überholten Rollenbildern. Damit werden Veränderungen blockiert. Das gilt sowohl für die Systeme der sozialen Sicherung als auch für unser Steuersystem, das trotz gegenläufiger Fakten weiter auf den überholten Rollenmustern der Versorgeehe und den Leitbildern der Hausfrau und Mutter und dem alleinverdienenden Mann basiert. Weil diese Vorgaben die konkrete Ausgestaltung des täglichen (Familien-)Lebens bestimmen, müssen sie modernisiert und geschlechtergerechter gestaltet werden.

Zu einer konsequenten Gleichstellungspolitik, von der alle profitieren, gehören:

- Bessere Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt
- das Gender Pay Gap schließen
- eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern
- Existenzsichernde Entlohnung als Schutz gegen Armutsrisiken
- Mehr Frauen in Führungspositionen
- Abbau der geschlechterspezifischen Diskriminierung im Steuerrecht
- Abbau der geschlechterspezifischen Diskriminierung in der Bildung

Die herausragenden Forderungen für mehr Gleichstellung am Arbeitsmarkt sind dabei:

- der gesetzliche flächendeckende Mindestlohn
- ein Gesetz zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit
- Umfassende Reformen in den sozialen und personenorientierten Dienstleistungsbereichen
- Reform der Minijobs - kurzfristig: u.a. Stundenbegrenzung, langfristig: Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse
- Mindestens 40 %-Quote für Aufsichtsräte und Vorstände

Diese Forderungen werden ergänzt durch solche nach mehr Partnerschaftlichkeit und einem geschlechtergerechten Steuersystem. Dazu sind vor allem notwendig:

- Verstärkter flächendeckender quantitativer und qualitativer Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen
- Ausweitung der Partnermonate beim Elterngeld hin zu einer wirklich paritätischen Aufteilung zwischen Mutter und Vater
- Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit
- Abschaffung der Steuerklasse III/V und Reform des Ehegattensplitting hin zu einer Individualbesteuerung
- Erweiterung der Ausbildung der Erzieher/Erzieherinnen/Pädagogen/Pädagoginnen um die Genderperspektive“

## **X „Die SPD als linke sozial-ökologische Alternative“**

Die Welt ist geprägt durch immer knapper werdenden Ressourcen, den fortschreitenden Klimawandel und um sich greifende Umweltzerstörung. Diese Entwicklungen belegen eindrucksvoll die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energiewende. Sie schließt für uns global und national elementare Fragen der Gerechtigkeit und Solidarität mit ein. Neben einer ausreichenden Wasserversorgung und Ernährung wird es vor allem der Energiesektor sein, der darüber entscheidet, ob ökologische Vernunft, ökonomischer Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit für alle Bevölkerungsschichten erreicht werden können.

Nur die Angst vor Machtverlust lässt Akteure behaupten, dass die bisherige fossile und nukleare Energieversorgung sicherer und billiger wäre, als der Umstieg auf eine erneuerbare Energiewirtschaft. Elektrizität, Heizung und Mobilität werden überhaupt dann nur bezahlbar bleiben, wenn wir jetzt umsteuern. Wir sehen nicht nur nach den dramatischen Ereignissen in Japan, sondern auch bei uns – z.B. in der Asse – dass volkswirtschaftliche Schäden bei weitem die Investitionen übersteigen, die heute notwendig sind, um die Energiewende in Deutschland durch zu setzen.

Gleichzeitig zeigen die Entwicklungen nach dem rot-grünen Atomausstiegsbeschluss und dem Inkrafttreten des Erneuerbaren Energien Gesetzes die enormen Potentiale, die sich für Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland ergeben. Diese Entwicklung gilt es nun in den kommenden Jahren durch entsprechende Maßnahmen zu beschleunigen.

Die SPD Linke setzt deshalb auf eine Energiepolitik mit der:

- die Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze im Inland durch gezielte Investitionsprogramme z.B. in den Bereichen der Gebäudesanierung, der Gebäudetechnik, der Effizienztechnologie oder der intelligenten Systemsteuerung erreicht wird;
- schnellstmöglich die Importabhängigkeit Deutschlands im Bereich der Energieversorgung beendet wird;
- unsere globalen Verpflichtungen durch vorbildliches und verbindliches Handeln im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes eingehalten werden;
- die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsoffenheit der deutschen Industrie durch entsprechende staatliche Programme, Beratung und Ordnungsrecht gefördert und gesichert wird;
- durch entsprechende staatliche Maßnahmen sichergestellt ist, dass für alle Haushalte in Deutschland Strom, Heizung und Mobilität bezahlbar bleiben und dennoch gleichzeitig Anreize für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Energiebedarf zu senken;
- durch entsprechende Vorgaben und Förderprogramme die Energieeffizienz insgesamt vorangetrieben wird;
- überwiegend auf eine dezentrale und kommunale Energieversorgung als festen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gesetzt wird, durch die Wertschöpfung in die Regionen gebracht werden kann;
- stets auch Europa im Blick bleibt und auch hier mit den entsprechenden Partnern die Energiewende vorangebracht wird.

Die Sozialdemokratie ist in diesen Zeiten der Krise(n) und Umbrüche gefordert. Wir wollen die Herausforderungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise annehmen und sie aktiv gestalten, um aus ihr gestärkt hervor zu gehen. Kein Zweifel: Wir leben in neuen Zeiten. Sie sind durch neue Herausforderungen geprägt, aber auch durch alte Ungerechtigkeiten. Es dürfen keine Zeiten von Resignation und Rückschau sein, es müssen Zeiten des Aufbruchs und der Erneuerung werden. Diesen neuen Fortschritt zu organisieren ist die Aufgabe einer linken Volkspartei. Die Partei des Fortschritts und der Gerechtigkeit ist die SPD.